

*Matthias Kuhnert*

## Die Politisierung des „Guten Samariters“

### Christlicher Humanitarismus in Großbritannien und die Abkehr vom Neutralitätsideal

Im Jahr 1978 diskutierte die britische kirchliche NGO Christian Aid<sup>1</sup> über den Esel des Guten Samariters. In Anlehnung an das biblische Gleichnis, in dem der besagte Samariter einem ausgeraubten und verletzten Reisenden zur Hilfe kommt, fragten sie, inwiefern sich der Wohltäter vielleicht anders verhalten hätte, wenn er mit einem schnelleren Reittier unterwegs gewesen und dadurch schon eher am Ort des Geschehens eingetroffen wäre. „It is not merely facetious to ask what the Good Samaritan ought to have done if he had owned a faster donkey – and so had arrived while the thieves were beating up the traveller!“<sup>2</sup> Die hypothetische Diskussion über den Esel war Teil eines Beitrags zu einer Debatte, die die christliche Organisation über zwei Jahrzehnte hinweg intensiv beschäftigte. Sie betraf den Kern ihres humanitären Selbstverständnisses: Sollte sie sich für politische Veränderungen stark machen und dadurch versuchen, die Verhältnisse in den Ländern des Globalen Südens zu verbessern oder sollte sie weiterhin ihre politische Neutralität bewahren und sich aus diesen Belangen heraushalten? Für viele der Aktivisten symbolisierte der schnellere Esel also die Möglichkeit, politische Missstände anzuprangern und zu bekämpfen. In Letzterem sahen die Mitarbeiter der NGO die Möglichkeit, die Ursachen des Leidens zu beseitigen und nicht nur die Symptome zu lindern. Die Organisation steckte in dieser Angelegenheit in einem Dilemma.

Eigentlich gründete ihr Selbstbild auf dem traditionellen Ideal der Neutralität humanitären Handelns. Sie betonte bei jeder Gelegenheit, dass sie ihre Spenden nach dem Motto „need not creed“ verteile, ohne Ansicht der politischen oder religiösen Überzeugungen der Empfänger. Die Not der Menschen sollte das alleinige Kriterium sein, nach dem sich die Unterstützung durch die NGO richtete. Damit einher ging die Devise, Regierungen, egal welcher politischen Couleur, nicht zu kritisieren und sich aus politischen Belangen komplett herauszuhalten. Dieses Ideal der unpolitischen Neutralität war im westlichen Humanitarismus tief verwur-

<sup>1</sup> Christian Aid wurde 1945 vom British Council of Churches (BCC), der Dachorganisation der protestantischen Kirchen Großbritanniens, gegründet. Die Organisation betätigte sich in der Hilfe für Flüchtlinge, bei Naturkatastrophen und in der Entwicklungszusammenarbeit. In ihrer protestantischen Ausrichtung und in ihrem Tätigkeitsfeld ist sie mit der deutschen Organisation Brot für die Welt vergleichbar.

<sup>2</sup> Ein Teil der Archivbestände von Christian Aid wird von der Dienstleistungsfirma Pinnacle Data Management verwahrt. Dieser Bestand wird künftig als „PDM“ zitiert. PDM, CA/DIR/28 (Box 8 of 15), The British Council of Churches. Christian Aid. Board Meeting, 18. 5. 1978, Paper A, Human Rights – A Christian Aid Concern.

zelt. Dahinter stand eine Legitimationsstrategie, die einerseits gegenüber Regierungen argumentierte, keine Bedrohung darzustellen, da man schließlich nur in Not geratenen Menschen helfen wolle und keine politische Veränderung im Sinn habe. Andererseits führten humanitäre Organisationen die Neutralität gegenüber denen ins Feld, von denen sie ihre Spenden erhielten. So betonten sie gegenüber der Bevölkerung, sie würden mit ihren Spenden lediglich „gute Taten“ unterstützen und keine bestimmte politische Richtung. Vor diesem Hintergrund war das Neutralitätsideal also ein elementarer Teil der Selbstdefinition vieler humanitärer Organisationen, auch von Christian Aid.<sup>3</sup>

In Großbritannien hatte dies zudem eine rechtliche Dimension. Das britische Charity Law verbot Wohltätigkeitsorganisationen, sich politisch zu äußern oder politische Gruppen zu unterstützen. Da mit der Registrierung als Wohltätigkeitsorganisation steuerliche Vergünstigungen einhergingen, waren alle humanitären Organisationen als politische neutrale Charities eingetragen. Die Charity Commission war als Kontrollbehörde dafür zuständig, zu überwachen, ob Wohltätigkeitsorganisationen diese Auflagen auch tatsächlich erfüllten. Sie konnte deren Leitungen und Aufsichtsgremien haftbar machen, falls diese die Richtlinien verletzten. Gerade über die Einhaltung der politischen Neutralität wachten die Commissioners mit Argusaugen und verhängten regelmäßig Abmahnungen und Strafen wegen vermeintlich politischer Betätigungen.<sup>4</sup>

Seit Anfang der 1960er Jahre jedoch kam eine Dynamik in Gang, bei der die Mitarbeiter von Christian Aid sich darauf konzentrierten, die Ursachen von Armut und Hunger zu bekämpfen, die sie zunehmend in ungerechten ökonomischen Ordnungen und politischen Unterdrückungsverhältnissen ausmachten. Für sie stellte sich nun also die Frage, ob sie bei der Arbeit des Barmherzigen Samariters, nicht diese Ursachen anprangern müssten, statt nur die daraus resultierenden Folgen zu kurieren. Davon ausgehend fand bei Christian Aid eine Neuverhandlung dessen statt, wie das eigene humanitäre Handeln und die eigene Wohltätigkeit zu

<sup>3</sup> Zum Ideal der Neutralität im Humanitarismus vgl. Michael Barnett, *Empire of Humanity. A History of Humanitarianism*, Ithaca/London 2011, S. 33–38; Mark Cutts, *Politics and Humanitarianism*, in: *Refugee Survey Quarterly* 17 (1998), S. 1–15; Peter Walker/Daniel Maxwell, *Shaping the Humanitarian World*, London/New York 2009, S. 2 f.; Thomas G. Weiss, *Principles, Politics, and Humanitarian Action*, in: *Ethics and International Affairs* 13 (1999), S. 1–22.

<sup>4</sup> Eine knappe Einführung in die wichtigsten Regelungen zum britischen Charity Law und die Kompetenzen der Charity Commission findet sich in: Matthew Hilton, *A Historical Guide to NGOs in Britain. Charities, Civil Society and the Voluntary Sector since 1945*, Basingstoke 2012, S. 1–3; *Charities Act, London 1960*, [http://www.legislation.gov.uk/ukpga/1960/58/pdfs/ukpga\\_19600058\\_en.pdf](http://www.legislation.gov.uk/ukpga/1960/58/pdfs/ukpga_19600058_en.pdf) (9. 10. 2014). Zur allgemeinen rechtlichen Definition von Wohltätigkeit in Großbritannien vgl. Sabine Mock, *Reformbedarf im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht vor dem Hintergrund der Besteuerung gemeinwohlorientierter Organisationen und bürgerschaftlichen Engagements in Großbritannien und Frankreich*, Berlin 2005, S. 9–20. Zur Problematik der rechtlichen Begrenzung der politischen Stellungnahme von charities vgl. Francis Gladstone, *Charity, Law and Social Justice*, London 1982; Perri 6/Anita Randon, *Liberty, Charity and Politics. Non-Profit Law and Freedom of Speech*, Aldershot u. a. 1995, S. 55–76.

verstehen seien. Diese Diskussion wiederum spiegelt den Prozess der Politisierung von humanitärem Handeln wieder, den Michael Barnett analysiert hat.<sup>5</sup>

Diese Aushandlungsprozesse, die damit einhergehenden internen Verwerfungen sowie die Konflikte mit der Charity Commission stehen im Zentrum der folgenden Untersuchung. Meine These lautet, dass die Abkehr vom Ideal der Neutralität das Resultat von Veränderungen in den Wissensbeständen und dem damit eng verknüpften emotionalen Stil der NGO waren. Dies führte bei Teilen des Mitarbeiterstabes und im Unterstützerkreis zu gewandelten Erwartungen an das Handeln der Organisation, die wiederum mit traditionellen Ansprüchen an Christian Aid konfligierten und auf diese Weise Enttäuschung hervorriefen.

Um diese These herauszuarbeiten, stehen in einem ersten Schritt die Veränderungen der Wissensbasis im Vordergrund, die die eigene Deutung von Christian Aids humanitärem Engagement informierten. Im darauffolgenden zweiten Abschnitt der Analyse stehen die damit einhergehenden Transformationen im emotionalen Stil, konkret der Vermittlung von Empathie, im Zentrum. Unter emotionalem Stil verstehe ich im Folgenden die Regeln, Normen und Konventionen, nach denen Menschen Gefühle bilden und ausdrücken. Dieses Emotionsreglement wird sozial erlernt und weitervermittelt. Ich benutze den Begriff Stil und nicht etwa Regime, der genauso solche Gefühlsregeln beschreiben könnte, da er geeigneter erscheint, um die Fluidität und Wandelbarkeit sowie die Überlagerung von Gefühlsregeln zu beschreiben.<sup>6</sup> Im dritten Schritt werden schließlich die Folgen der auf diese Weise gewandelten Erwartungen an das humanitäre Handeln von Christian Aid und die daraus resultierenden Konflikte untersucht.

## Neue Erklärungen für die Armut des Globalen Südens

Christian Aid wurde 1945 vom British Council of Churches gegründet, der Dachorganisation der protestantischen Kirchen. Die NGO betätigte sich vor allem in der humanitären Hilfe bei Naturkatastrophen und für Flüchtlinge. Ab Anfang der 1960er Jahre begann sie im Zuge der Freedom from Hunger Campaign (FFHC) der Food and Agricultural Organization (FAO) damit, Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit zu fördern.<sup>7</sup> Christian Aid begründete diesen Schritt mit

<sup>5</sup> Vgl. Michael Barnett, *Humanitarianism Transformed*, in: *Perspectives on Politics* 3 (2005), H. 4, S. 723–740.

<sup>6</sup> Zum Begriff des emotionalen Stils vgl. Benno Gammerl, *Emotional styles – concepts and challenges*, in: *Rethinking History* 16 (2012), H. 2, S. 161–175; vgl. auch: Monique Scheer, *Are Emotions a Kind of Practice (and is that what makes them have a history)? A Bourdieuan Approach to Understanding Emotion*, in: *History and Theory* 51 (2012), S. 193–220; Pascal Eitler/Monique Scheer, *Emotionengeschichte als Körpergeschichte. Eine heuristische Perspektive auf religiöse Konversionen im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 35 (2009), S. 282–313.

<sup>7</sup> Die *Freedom from Hunger Campaign* gilt als Initialzündung für das entwicklungspolitische Engagement vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die FAO animierte verschiedene Gruppen dazu, landwirtschaftliche Projekte in Entwicklungsländern zu fördern, um den welt-

der Notwendigkeit, Armut und Hunger zu bekämpfen und auf diese Weise der christlichen Pflicht zur Nächstenliebe Ausdruck zu verleihen. Bereits Ende 1964 konnte die NGO berichten, 50 verschiedene FFHC-Projekte mit rund einer Million Pfund zu unterstützen.<sup>8</sup> Um die Ursachen von Armut und Hunger zu erklären, folgte Christian Aid weitgehend der in Expertenkreisen vorherrschenden Modernisierungstheorie.<sup>9</sup> Die Verfechter dieser Richtung deuteten Armut als den quasi naturgegebenen Zustand aller Gesellschaften, den Europa und die USA durch die industrielle Revolution überwunden hätten. Die Entwicklungsländer hätten diesen Fortschritt jedoch noch nicht vollzogen, weshalb sie noch immer vor immensen Problemen stünden.<sup>10</sup> Davon ausgehend postulierten führende Entwicklungsökonomien die Existenz eines Teufelskreises, in dem sich die Staaten der sogenannten „Dritten Welt“ befänden.

„On the supply side, there is small capacity to save, resulting from the low level of real income. The low real income is a reflection of low productivity, which in turn is due largely to the lack of capital. The lack of capital is a result of the small capacity to save, and so the circle is complete.“<sup>11</sup>

Solche Deutungsmuster machte sich auch Christian Aid zu eigen: „The Misery-Go-Round is a vicious circle.“<sup>12</sup> Den Teufelskreis erweiterte die NGO um diverse Faktoren, sodass auch Bevölkerungswachstum, Unterernährung oder niedrige Bildung darin eine Rolle spielten.<sup>13</sup>

weiten Hunger zu bekämpfen. Vgl. Anna Bocking-Welch, *Imperial Legacies and Internationalist Discourses. British Involvement in the United Nations Freedom from Hunger Campaign, 1960–70*, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 40 (2012), S. 879–896; John D. Shaw, *World Food Security. A History since 1945*, Basingstoke 2007, S. 77 f.

<sup>8</sup> Archives and Special Collections, School of Oriental and African Studies, London (künftig: SOAS), CA/I/3/1, Forty Fifth Meeting of the British Council of Churches. Janet Lacey and Ronald Kensington, Report of the Christian Aid Department, Autumn 1964.

<sup>9</sup> Vgl. zur Rolle der Modernisierungstheorie im Entwicklungsdiskurs: David C. Engerman/Corinna Unger, Introduction. Towards a Global History of Modernization, in: *Diplomatic History* 33 (2009), S. 375–385; Michael Herzfeld, Developmentalism, in: ders. (Hrsg.), *Anthropology. Theoretical Practice in Culture and Society*, Malden 2001, S. 152–170; Gilbert Rist, *The History of Development. From Western Origins to Global Faith*, London/New York 2008, S. 93–106; Sönke Kunkel, Systeme des Wissens, Visionen von Fortschritt. Die Vereinigten Staaten, das Jahrzehnt der Modernisierungstheorie und die Planung Nigerias 1954–1965, in: *AfS* 48 (2008), S. 155–182.

<sup>10</sup> Als Beispiel für diese Lesart vgl. Walt W. Rostow, *Stages of Economic Growth. A Non-communist Manifesto*, Cambridge MA 1960.

<sup>11</sup> Ragnar Nurkse, *Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries*, Oxford 1960 (zuerst 1953), S. 5. Zu Nurkses Einfluss auf die klassische ökonomische Entwicklungstheorie vgl. Rainer Kattel/Jan A. Kregel/Erik S. Reinert, The Relevance of Ragnar Nurkse and Classical Development Economics, in: dies. (Hrsg.), *Ragnar Nurkse (1907–2007). Classical Development Economics and its Relevance for Today*, London/New York 2009, S. 1–28. Für eine Kritik an Nurkse und der Entwicklungstheorie der 1950er Jahre vgl. Arturo Escobar, *Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World*, Princeton/Oxford 2011, S. 76 ff.

<sup>12</sup> SOAS, CA/J/1, Christian Aid, *Servant of the Servant Church. A Discussion Guide about Christian Aid* prepared by F. J. Glendenning, London 1965, S. 5.

<sup>13</sup> So beispielsweise in: SOAS, CA/I/16/3, Libertas Film Productions Ltd., Drehbuch „The Vicious Spiral“, 1967.

Mit Blick auf die Veränderungen in den Wissensbeständen und den Wandel des emotionalen Stils sind hierbei zwei Faktoren zentral. Erstens lieferte die Modernisierungstheorie die Legitimation für die Betätigung in der Entwicklungsarbeit. Schließlich bedurften die Menschen in der „Dritten Welt“ Hilfe von außen, um den Teufelskreis, in dem sie gefangen waren, zu durchbrechen. Zweitens schrieb das modernisierungstheoretische Denken niemandem eine Verantwortung für die Situation in den Entwicklungsländern zu. So konnte man zwar die ausgebliebene Industrielle Revolution oder den beschriebenen Teufelskreis bedauern. Die Schuld dafür ließ sich jedoch weder bei den Menschen in den Entwicklungsländern noch in den Industriestaaten finden.

Dies änderte sich jedoch ab Ende der 1960er Jahre fundamental, als die Modernisierungstheorie zunehmend in die Kritik geriet und bei Christian Aid wie auch bei vielen anderen NGOs von dependenztheoretischen Erklärungen abgelöst wurde.

Die Ursachen für die rasche und konsequente Abkehr von der Modernisierungstheorie waren vielfältig. Zentral waren Befunde von Entwicklungsexperten, die die bisherige Herangehensweise in Frage stellten. So hatte etwa der Pearson-Report der Vereinten Nationen Ende der 1960er Jahre festgestellt, dass sich die weltweite Armut trotz der entwicklungspolitischen Anstrengungen der letzten beiden Jahrzehnte kaum verringert habe.<sup>14</sup> Solche Diagnosen diskreditierten den Fortschrittsoptimismus und den Machbarkeitsglauben modernisierungstheoretisch fundierter Entwicklungspolitik.

Das Vakuum, das die Modernisierungstheorie hinterließ, füllten die Mitarbeiter bei Christian Aid und anderen NGOs mit dependenztheoretischen Annahmen. Stark verkürzt lautete die These der aus Lateinamerika stammenden Wissenschaftler, dass die sozio-ökonomischen Probleme der Entwicklungsländer nicht auf autochthone Faktoren zurückzuführen seien, sondern in den wirtschaftlichen Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnissen zwischen „Erster“ und „Dritter Welt“ gründeten.<sup>15</sup> Die Adaption dieser Annahmen resultierte einerseits aus der Rezeption von Expertenwissen. Andererseits spielten auch die Empfänger von Christian Aids Hilfsleistungen eine gewichtige Rolle. So drängten etwa die afrikanischen Kirchen Christian Aid dazu, die asymmetrischen Abhängigkeiten zwischen Nord und Süd zu thematisieren.<sup>16</sup> Ähnlich wirkte sich in diesem Zusammenhang die

<sup>14</sup> Lester B. Pearson, *Partners in Development. Report of the Commission on International Development*/Chairman Lester B. Pearson, London 1969.

<sup>15</sup> Vgl. für eine ausführlichere Darstellung und Kritik der Dependenztheorie(n) und ihre entwicklungspolitischen Implikationen: Rist, *History*, S. 113–122. Arturo Escobar sieht in der Dependenztheorie eine wichtige Erweiterung des Entwicklungsdiskurses, da sie Abhängigkeitsstrukturen deutlich gemacht habe, sie stelle dem allgemeinen Entwicklungsdiskurs jedoch keine Alternative entgegen. Vgl. Escobar, *Encountering*, S. 82 f. Kurze Einführungen in die wichtigsten Thesen der Dependenztheorie bieten: Franz Nuscheler, *Entwicklungspolitik*, Bonn 2006, S. 214–217 und ders./Ulrich Menzel/Reinhard Stockmann, *Entwicklungspolitik. Theorien, Probleme, Strategien*, München 2010, S. 101–110.

<sup>16</sup> Christian Aid rezipierte diverse Denkschriften afrikanischer Kirchenvertreter, die analog zur Dependenztheorie Abhängigkeits- und Unterdrückungsverhältnisse thematisierten. So zum

Befreiungstheologie aus, die protestantische Kirchenvertreter auf internationalen Konferenzen diskutierten.<sup>17</sup> Auch die Rezeption des Self-Reliance-Denkens des tansanischen Präsidenten Julius Nyerere, das in den Zirkeln europäischer humanitärer NGOs hohe Wertschätzung erfuhr, beförderte diesen Prozess.<sup>18</sup>

Ausgehend von den neuen dependenztheoretischen Prämissen thematisierte Christian Aid in ihren Publikationen zunehmend Ausbeutungsverhältnisse zwischen dem Westen und der „Dritten Welt“. Zu Beginn der 1970er Jahre geschah dies noch in relativ abstrakten Begrifflichkeiten. So machte Christian Aid etwa „den“ ungerechten Welthandel, oder „den“ Westen verantwortlich, ohne tatsächlich konkrete Akteure wie etwa einzelne Regierungen zu benennen.<sup>19</sup> Der zentrale Topos, dass sich die „Erste Welt“ auf Kosten der „Dritten“ bereichere, gehörte ab Ende der 1960er Jahre zum Standardrepertoire von Christian Aid.<sup>20</sup>

„The poverty which afflicts the other two thirds of humanity has many inter-related causes – among them, to varying degrees in different countries, an inadequate supply of natural resources, an uneven distribution of local wealth, an expanding population which absorbs savings that might otherwise be invested in future development, and a conservative resistance to social and political change. Nevertheless, the major cause of poverty is the perpetuation by the rich nations of an economic system which operates to our advantage but effectively hinders the poor nations from acquiring sufficient capital.“<sup>21</sup>

Dieses neue Deutungsmuster enthielt also eine Erklärung für die Armut der „Dritten Welt“, die entschieden von der Modernisierungstheorie abwich. Während letztere die Armut naturalisierte und den „Teufelskreis“, in dem sich die Gesellschaf-

Beispiel: SOAS, CA2/A/1/5, Urban Industrial Mission, Reports and Recommendations of the Conference held in Freetown, August 1973.

<sup>17</sup> Vgl. Matthew Anderson, A History of Fair Trade in Contemporary Britain. From Civil Society Campaigns to Corporate Compliance, Basingstoke 2015, S. 53.

<sup>18</sup> Zu Nyereres Denken und der praktischen Umsetzung seiner Ideen in Tansania vgl. Rist, History of Development, S. 125–132; James C. Scott, Seeing Like a State. How Certain Schemes to Improve the Human Condition have Failed, New Haven u. a. 1998, S. 223–261; Leander Schneider, Freedom and Unfreedom in Rural Development. Julius Nyerere, *Ujamaa Vijijini*, and Villagization, in: Canadian Journal of African Studies 38 (2004), S. 344–392.

<sup>19</sup> Über die Kritik am Welthandelssystem bestand sogar so breiter Konsens zwischen den britischen NGOs, dass sie zu dem Thema gemeinsame Publikationen auflegten. Exemplarisch hierfür ist etwa SOAS, WOW/108/00910, World Trade. Published jointly for Christian Aid, CAFOD [Catholic Agency for Overseas Development; M. K.], CIIR [Catholic Institute for International Relations], FFHC, ITDG [Intermediate Technology Development Group], ODI [Overseas Development Institute], OXFAM, Save the Children, UNA [United Nations Association], VSO [Voluntary Service Overseas], War on Want, Welsh International Centre, by the Voluntary Committee on Overseas Aid and Development, December 1975.

<sup>20</sup> Beispiele für solche Argumente sind zu finden in: SOAS, WOW/110/03074, The Dispossessed. A War on Want Discussion Paper, 1974; ebenda, Aid and Development in the Third World, War on Want Discussion Paper, 1974; SOAS, CA/J/5, Christian Aid 1969. Background notes mainly for the guidance of speakers and writers, insbesondere S. 3–7; ebenda, Christian Aid in the World of 1976, S. 2 ff. Die These, dass die ungleichen Handelsbeziehungen auf dem Weltmarkt die Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Entwicklungs- und Industrieländern perpetuierten, die seit dem Kolonialismus bestanden, gehörte zu den zentralen Argumenten der Dependenztheorie. Vgl. Reinhard Stockmann/Ulrich Menzel/Franz Nuscheler, Entwicklungspolitik. Theorien Probleme Strategien, München 2010, S. 101–110; Franz Nuscheler, Entwicklungspolitik, Bonn 2006, S. 214–219; Rist, History of Development, S. 113–122.

<sup>21</sup> SOAS, CA/J/3, Eric Jay, Christian Aid in the World of 1971, S. 4 (Herv. M. K.).

ten der Entwicklungsländer befänden, quasi zum Urzustand erklärte, ging die Dependenztheorie von einer menschengemachten Situation aus. Dadurch konnten die Mitarbeiter bei Christian Aid nun klar die Verantwortung für die Misere benennen und die Schuldigen identifizieren. Diese waren in westlichen Regierungen und Unternehmen zu finden. Zudem gehörten dazu diejenigen Eliten in der „Dritten Welt“, die sich an ausbeuterischen Praktiken zum eigenen Vorteil beteiligten.

## Empathie und Neutralität im Spannungsverhältnis

Die neue Erklärung für Armut und Hunger in den Entwicklungsländern veränderte die Art und Weise, Empathie zu bekunden. Dadurch, dass Christian Aid nun die Verantwortung für die Missstände bei bestimmten Akteuren ausmachte, ging die Empathie für die Menschen in der „Dritten Welt“ mit Schuldzuschreibungen für diejenigen einher, die die NGO für die Probleme verantwortlich machte. Kurz: Empathie für die eine Seite war untrennbar mit Antipathie gegen eine andere verknüpft. Dies deckt sich mit Fritz Breithaupts Theorie der narrativen Empathie, der ein Dreiecksmodell zugrunde liegt. In diesem Modell steht ein Beobachter einem Konflikt zwischen zwei Parteien gegenüber. Laut Breithaupt ist die Empathie des Beobachters nun stets mit der Parteinahme für eine Seite im beobachteten Konflikt verbunden.<sup>22</sup>

Exemplarisch lässt sich das an einer Christian Aid-Broschüre mit Gebeten von Anfang der 1970er Jahre verdeutlichen. In einem darin enthaltenen Liedtext hieß es:

„They [the rich countries] burn their grain to keep up the price  
They hold it in storage, it fattens the mice,  
My youngest son died for a handful of rice.“<sup>23</sup>

Der fiktive Erzähler aus diesem Lied berichtete also, wie die Praktiken westlicher, reicher Länder, die den Preis von Nahrungsmitteln aus Profitgier künstlich hochhielten, unmittelbar mit dem Tod seines Sohnes in Verbindung stünden. Angesichts solcher ausbeuterischer Verhaltensweisen des Westens, forderte ein Gebet aus der Broschüre dazu auf, Mitgefühl zu entwickeln und die angesprochene Wirtschaftsweise zu überdenken.

„We have used the resources of your world for our own ends.  
We have sought our own wellbeing at the expense of those in lands far from us  
[...]  
Help us to enlarge our compassion for all men.  
And strengthen us to seek justice amongst all nations.“<sup>24</sup>

<sup>22</sup> Fritz Breithaupt, *Kulturen der Empathie*, Frankfurt am Main 2009, S. 12.

<sup>23</sup> SOAS, CA/J/2, *The Consumer Society. A Christian Aid Harvest Festival Service*, o. D. (vermutlich 1971).

<sup>24</sup> Ebenda.

Unverkennbar forderte Christian Aid also Mitgefühl mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten. Hieran zeigt sich eine Art und Weise Empathie auszudrücken, wie sie Fritz Breithaupt beschrieben hat. Ein Beobachter (in diesem Fall die NGO Christian Aid) betrachtet einen Konflikt (hier die Unterdrückung und Ausbeutung der „Dritten“ durch die „Erste Welt“). Dabei ergreift der Beobachter Partei für eine Seite, hier die ausgebeuteten Menschen in ärmeren Ländern. In dieser Dreieckskonstellation waren Mitgefühl und Empathie für die eine Seite untrennbar mit Ablehnung für die andere verbunden. Dem Westen wurde darin die Rolle des Schuldigen zuteil, der die miserable Situation in den Entwicklungsländern verursache.

Die Tatsache, dass die Empathie für bestimmte Akteure nun mit der Antipathie gegen andere einherging, ist hierbei der zentrale Punkt. Als Christian Aid die Ursachen der Armut noch als „natürlich“ beschrieb, war die Empathie für eine Seite noch nicht mit negativen Gefühlen gegen andere Parteien verbunden. Schließlich war es kaum möglich, einen anonymen, von Natur aus vorhandenen Teufelskreis oder die ausgebliebene industrielle Revolution als konkrete Akteure auszumachen und diese mit negativen Emotionen zu belegen. Das Mitleid mit den Armen und Hungernden in den Entwicklungsländern war zuvor also in eine Zweierkonstellation eingebettet, der schuldige Dritte fehlte.

Es versteht sich beinahe von selbst, dass sich die NGO an der Seite der Armen verortete und für sich beanspruchte, deren Vorkämpferin und Fürsprecherin zu sein. „Our aim is generally to help the poorest and oppressed. In South Africa we support work only among the blacks; in Israel only among the Arabs.“<sup>25</sup>

Mit der Empathie für die Unterdrückten und der Ablehnung der Unterdrücker ging gleichzeitig der Anspruch einher, für „Justice“ einzutreten. „[Christian Aid] also seeks to persuade the public and the politicians that the rich nations have an obligation to share their wealth with the poor, and that radical action is needed to fight injustice.“<sup>26</sup> Christian Aid definierte in der Folge die Aufklärung über die ökonomischen und politischen Verhältnisse sogar als eine ihrer Kernaufgaben. „[T]he educational programme is designed to stimulate not only individual commitment, but also political action – that is to say community action which seeks to influence the policies both of Governments and powerful commercial interests.“<sup>27</sup> Dies zog sich wie ein roter Faden durch die Publikationen, Statements und Spendenaufrufe der Organisation und wurde zu einem elementaren Teil ihrer Selbstdefinition. So hieß es etwa eine Broschüre aus dem Jahr 1981:

„Christian Aid is therefore an organisation created by the churches but bringing together all in Britain who are concerned about the inequalities between the rich and the poor in the world today. It provides a practical way of serving for all in Britain who wish to join the struggle against poverty and injustice.“<sup>28</sup>

<sup>25</sup> SOAS, CA2/D/28/2, Aid Advisory Committee, Data for Review, 1974, S. 2.

<sup>26</sup> SOAS, CA/J/3, Eric Jay, Christian Aid in the World of 1971, S. 5.

<sup>27</sup> SOAS, CA 2/D/4/4, Eric Jay, Christians and World Development. An address given at the Winchester Diocesan Conference, 25. 6. 1970, S. 8.

<sup>28</sup> SOAS, CA/J/5, Christian Aid in the World today, 1981.



Diese Art der Selbstbeschreibung, die die Organisation aus der Empathie für die Benachteiligten in der „Dritten Welt“ ableitete, weckte Erwartungen. So sprachen sich immer mehr Mitarbeiter dafür aus, Christian Aid solle seinem Credo Taten folgen lassen und eindeutig, öffentlich hörbar in der öffentlichen Auseinandersetzung politisch Stellung beziehen.

Bereits 1974 forderten etwa die Teilnehmer einer kirchlichen Konferenz zum Thema Entwicklungshilfe, die Kirchen und Christian Aid sollten sich nicht nur auf das Spendensammeln konzentrieren. Gefordert wurde: „A greater commitment by the churches to exercise political power and persuasion on behalf of the weak“.<sup>29</sup>

Diese Stimmen stellten keine Einzelmeinung dar. Insbesondere die Angestellten von Christian Aid äußerten sich in diesem Sinne.<sup>30</sup> Aus der Forderung, sich endlich konkret politisch zu äußern, sprach auch die Enttäuschung, dass dies bisher noch nicht geschehen sei.

Das eingangs zitierte Diskussionspapier, das sich damit befasste, ob Christian Aid sich in Menschenrechtsfragen äußern sollte, brachte diese Erwartung auf den Punkt. Um als guter Samariter zu gelten, war es nicht nur notwendig, dem verletzten Reisenden zu helfen und seine Wunden zu versorgen, sondern zu versuchen, die Diebe schon daran zu hindern, ihn zu bestehlen und zu verprügeln. Es galt also Ausbeutung und Unterdrückung direkt anzuprangern und nicht nur ihre Folgen zu lindern.<sup>31</sup>

Diesen Erwartungen nachzukommen, war für die NGO jedoch nicht immer einfach, da viele Unterstützer solche politischen Interventionen, etwa das Anprangern von Menschenrechtsverletzungen, oftmals mit der Parteinahme für radikale Bewegungen gleichsetzten, auch wenn dies nicht der Fall war. So berichtete etwa ein engagierter Pfarrer, der für Christian Aid Spenden sammelte, dass er mit dem Vorwurf konfrontiert worden sei, die Gelder landeten in den „falschen“ Händen. „[T]here has been quite a lot of noisy and ill-informed opposition, culminating in the wail, 'our money is going to Communist governments'“.<sup>32</sup> Obwohl er alles dafür getan habe, diese Befürchtungen zu zerstreuen, halte sich das Gerücht hartnäckig. Folglich seien viele Menschen enttäuscht, die davon ausgegangen seien, eine neutral humanitäre NGO zu unterstützen.

Nicht nur aus den eigenen Reihen, sondern auch von der Charity Commission und aus der Presse kamen derartige Anschuldigungen. So kritisierte die Behörde Christian Aid etwa 1978 dafür, Organisationen zu unterstützen, die politische und soziale Veränderungen in den Ländern der „Dritten Welt“ anstrebten. Konkret

<sup>29</sup> SOAS, CA2/D/6/2, Development and Salvation Conference. Summary of hopes and expectations expressed in the opening session, Swanwick 1974, S. 2.

<sup>30</sup> SOAS, CA2/D/15/10, The Politics of Aid, 1974. Dieses mehrseitige Papier stellte einen direkten Zusammenhang zwischen Armut, politischer und ökonomischer Unterdrückung und der damit verbundenen Notwendigkeit zum politischen Handeln her.

<sup>31</sup> PDM, CA/DIR/28 (Box 8 of 15), The British Council of Churches. Christian Aid. Board Meeting, 18. 5. 1978, Paper A, Human Rights – A Christian Aid Concern.

<sup>32</sup> SOAS, CA2/D/11/1, Reverend Herbert W. Langford an Alan Booth, 12. 4. 1973.

ging es dabei um die Förderung der Commission on Churches' Participation in Development (CCPD), einer Abteilung des World Council of Churches.

„According to the Commission's [= CCPD; M. K.] 1978 Activity Report, it seeks to finance political action, mobilise public opinion, and effect structural change within societies, in an attempt to tackle those causes of poverty which lie in the economic, social and political structures of communities. We have advised the Trustees of the Charity [= Christian Aid; M. K.] that such activities are not within their objects nor within the scope of charitable endeavour as understood in this country.“<sup>33</sup>

Das Echo der Presse war sogar noch deutlicher. Das konservative Boulevardblatt Daily Express nahm den Bericht der Charity Commission zum Anlass für einen Rundumschlag gegen Christian Aid und andere NGOs.

„The Charity Commissioners have had a whack at Christian Aid, War on Want and Oxfam. In short, they have accused these bodies of mixing up their charitable functions with political propaganda. If these accusations are well founded, the bodies concerned should obviously lose their status as charities. [...] Charity is about compassion and pity. It is not about ideology.“<sup>34</sup>

An diesem Zitat lässt sich die Erwartung, die sich aus dem traditionellen Verständnis von Humanitarismus ableitete, vielleicht am Deutlichsten ablesen. Jedwede Äußerung oder Handlung, die sich als politische Parteinahme deuten ließ, war nicht mehr mit Wohltätigkeit vereinbar. Für Christian Aid hingegen waren politische Äußerungen, die die Aktivisten aus ihrer Empathie ableiteten, untrennbar mit Wohltätigkeit verbunden.

## Erwartungsmanagement zwischen Neutralität und politischer Positionierung

Christian Aid sah sich also mit fundamental divergierenden Erwartungen an ihr humanitäres Handeln konfrontiert. Ein Großteil der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Unterstützenden forderte die politische Parteinahme auf der Seite derer, die sie als die Opfer von Unterdrückung und Ausbeutung identifiziert hatten. Die Gegner einer solchen Politisierung fanden sich ebenfalls in den eigenen Reihen, aber vor allem in der Charity Commission, Teilen der Öffentlichkeit und der konservativen Presse. Für sie schlossen Wohltätigkeit und humanitäres Handeln jedwede Äußerung politischer Inhalte aus.

Die NGO lavierte jahrelang zwischen diesen divergierenden Erwartungen an ihr humanitäres Engagement. Statt eine klare Entscheidung zwischen den beiden Optionen zu treffen, versuchte Christian Aid, gleichzeitig politisch Stellung zu beziehen und politisch neutral zu bleiben.

<sup>33</sup> Diese Passage des Jahresberichts der Charity Commission wird hier zitiert nach: ebenda, The British Council of Churches. Christian Aid. Minutes of the Meeting of the Board held on 4 July 1979, S. 2.

<sup>34</sup> Charity for Whom?, in: Daily Express, 20. 6. 1979.

Um diesen Spagat zu vollführen, lagerte Christian Aid das politische Engagement aus. So versuchte Christian Aid Möglichkeiten zu finden die politische Kritik an den bestehenden Verhältnissen zu fördern, ohne selbst direkt involviert zu sein. Ein Beispiel dafür war die Gründung der Pressure Group Action for World Development, an der die christliche Organisation teilnahm. Christian Aid beteiligte sich daran finanziell und unterstützte die landesweite Unterschriftensammlung gegen weltweite Armut, die ein Jahr nach der Gründung durchgeführt wurde.<sup>35</sup> Christian Aid benutzte die Organisation fortan als eine Art Feigenblatt für die ambitionierteren Unterstützer, die die Erwartung hegten, die christliche NGO solle sich stärker in die Politik einmischen.

„We can support joint educational projects like Action for World Development. But we can also encourage relatively independent pressure groups such as the body known as the AWD Trust. Such groups can afford to be partisan, for their job is to speak up for the electorally voiceless Third World. They may not speak in the name of God, nor even in the name of Christian Aid, but in the name of the poor.“<sup>36</sup>

Ihren Unterstützern empfahl die NGO hierbei eine Art doppelten Aktivismus:

„Give. Pledge part of your income for world development through Christian Aid or some other agency of your choice. [...] Act. Join (or form) a World Development Action Group in your community in order to tell people about your concern, to make your views known to your MP [Member of Parliament; M. K.], and to engage in other forms of community action.“<sup>37</sup>

Auf diese Weise sollte die eigene Organisation neutral gehalten und gleichzeitig denjenigen, die sich eine stärkere politische Ausrichtung wünschten, ein Angebot dazu gemacht werden. Von einem Mitarbeiter darauf angesprochen, dass dieses Manöver von vielen durchschaut würde, zeigte sich der damalige Direktor Alan Brash zurückhaltend. „[W]e started talking in September 1968 about the need to give a national and even political orientation to the work of Christian Aid, and to destroy its image purely as a charity in the narrow sense [...] Let me say immediately, I don't regret anything that has happened in the interval“.<sup>38</sup> Er machte sich jedoch Sorgen darüber, ob die Gründung der Pressure Group nicht zu forsch gewesen sei. Er schlug vor, die Unterstützenden mit verschiedenen Stellungnahmen zu beruhigen, in denen er den neutralen Charakter von Christian Aid betonen wolle. „I hope you won't feel that I'm getting cold feet; I don't think I am, but I am trying to protect my home-base.“

Schwierig gestaltete sich auch die Frage, wie sich die christliche Organisation gegenüber Befreiungsbewegungen verhalten sollte, und ob es möglich sei, diese publizistisch zu unterstützen oder in von ihnen kontrollierten Gebieten humanitär

<sup>35</sup> Material zur Gründung und der National Sign-In-Kampagne, darunter Anschreiben an lokale Kirchenvertreter und Laien, findet sich in: SOAS, CA/I/19/6. Aus Action for World Development wurde später das World Development Movement, das in Großbritannien maßgeblich an Jubilee 2000, der Fairtrade Foundation sowie dem Trade Justice Movement beteiligt war.

<sup>36</sup> Booth, *The Faith and Politics Debate*, 1970.

<sup>37</sup> Jay, *Twenty Questions on World Development*, 1970.

<sup>38</sup> Die nachfolgenden Zitate in: SOAS, CA2/I/46/2, Memorandum Alan Brash to Hugh Samson, 11. 12. 1969.

tätig zu werden. Eigentlich falle die Antwort sehr einfach aus, wie Brashs Nachfolger als Direktor, Alan Booth, 1972 auf einer Mitarbeiterkonferenz kundtat. „First of all let me answer the question ‚What stand does Christian Aid take with regard to Liberation Movements?‘ The answer can be very brief-none.“<sup>39</sup> Es sei jedem Einzelnen selbst überlassen, sich eine Meinung zu dem Thema zu bilden. Allerdings könne die Kirche – und mit ihr Christian Aid als kirchliche Organisation – eine solche Wahl nicht treffen, denn „What the church says, then, ought to have the character of a universal truth that all honest and good men can recognise. The church ought not to commit its authority to judgements which arise from a complicated set of calculations that might equally perhaps have come out another way.“ Zwar sei es angebracht, Missstände an der gegenwärtigen Situation zu kritisieren, eine politische Empfehlung abzugeben, sei jedoch nicht möglich. „Quite clearly the church can and ought to tell the truth about the evils of oppression and exploitation in parts of Africa today. Equally clearly, in my view, it should leave it to its members to determine precisely what type of political activity holds the greatest promise of resolving the situation at the minimum cost.“ Der Direktor erteilte der Hilfe für Befreiungsbewegungen damit zwar eine Absage. Gleichzeitig postulierte er im Widerspruch dazu, dass seine Organisation durchaus eine politische Position entwickeln und Missstände ansprechen müsse.

Konkret wurde die Debatte um die Unterstützung von Befreiungsbewegungen als 1974 die Frage im Raum stand, wie die NGO mit der marxistischen FRELIMO umgehen sollte, die in Mosambik gegen die portugiesischen Kolonialherren kämpfte. Die offizielle Linie besagte, nicht zwischen verschiedenen Regimen zu unterscheiden, sondern unabhängig von deren politischer Orientierung zu helfen. Daraus folgte Booth, es sei erst legitim, Freiheitsbewegungen zu unterstützen, sobald diese den Kampf gewonnen und die Führung im jeweiligen Staat übernommen hätten. Diese Überlegungen waren im Fall Mosambiks akut geworden, da sich für Christian Aid im Sommer 1974 abzeichnete, dass FRELIMO den Kampf zeitnah gewinnen könnte. „I have expressed my view earlier that there was at least a possibility that before long Frelimo would be in legal control of Mozambique as an independent country, in which case the whole situation becomes totally different.“<sup>40</sup> Mit anderen Worten, Christian Aid machte seine Unterstützung von der völkerrechtlich oder zumindest faktisch anerkannten Regierungsgewalt abhängig und nicht von der politischen Orientierung. Diese „legalistische“ Position war der erkennbare Versuch, zwischen den beiden Polen der Politisierung und der Neutralität zu vermitteln.

Eine ähnliche Haltung nahm Christian Aid in Bezug auf Chile und das Pinochet Regime ein. Die Organisation beteiligte sich an der Solidaritätskampagne für Chile, kritisierte die dortigen Menschenrechtsverletzungen und arbeitete gleichzeitig

<sup>39</sup> Die folgenden Zitate in: SOAS, CA2/D/5/1, Speech Alan Booth, National Staff Conference, September 1972 (Herv. i. Orig.).

<sup>40</sup> SOAS, CA2/D/5/1, Memorandum Alan Booth to Vernon H. K. Littlewood, Aid to Guerilla Movements, 30. 7. 1974.

mit der Pinochet-Regierung bei bestimmten Hilfsprojekten zusammen.<sup>41</sup> Zudem bestanden einige Mitarbeiter der Organisation darauf, die Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in Chile mit einer ebenso deutlichen Kritik an Kuba zu verbinden, um nicht den Eindruck zu erwecken, die NGO befasse sich nur mit rechtsgerichteten Regimen.<sup>42</sup> All dies diene eindeutig dazu, die divergierenden Erwartungen an das Engagement der christlichen Organisation miteinander in Einklang zu bringen. Das komplizierte Lavieren zwischen den unterschiedlichen Positionen kann somit als Erwartungsmanagement bezeichnet werden.

Diesen Spagat gab die Organisation erst Mitte der 1980er Jahre im Zuge ihres Engagements in der Anti-Apartheid-Bewegung auf. Das war der erste Fall, bei dem Christian Aid sich ausdrücklich auf eine Seite stellte. Dass die NGO hier in einer politischen Auseinandersetzung für eine Seite Partei ergriff und die andere ohne Wenn und Aber ablehnte, hing eng mit ihrer Beziehung zum South African Council of Churches (SACC) zusammen. Seit Jahren unterstützte sie Hilfsprojekte unter dessen Ägide und berichtete über die Rassentrennung am Kap.<sup>43</sup> Meist handelte es sich dabei um Berichte und Reportagen aus dem Alltag der Schwarzen, der mit dem der Weißen kontrastiert wurde. Hierbei kam das oben beschriebene Empathie-Dreieck zum Tragen, bei dem das Mitgefühl mit den Schwarzen mit negativen Emotionalisierungen gegenüber den Praktiken des Apartheid-Regimes einherging.<sup>44</sup> Offene Kritik äußerte Christian Aid insbesondere ab Mitte der 1980er Jahre, als die südafrikanische Regierung ihre Repressionsmaßnahmen verschärfte und zunehmend auch gegen die Kirche richtete. So hieß es in einem öffentlichen Rechenschaftsbericht von 1984:

„In South Africa the Christian Council had to defend itself in a public inquiry set up by the government which maintained that political considerations rather than Christian compassion motivated the Council's activities and expenditure. The hearing was spread over 10 months and resulted in a recommendation that the SACC should be brought to heel by means of existing controls and new laws. Bishop Desmond Tutu, its General Secretary, totally rejected the Commission's findings, describing its judgement as 'blasphemous'. To his dying day, he said, he would continue to castigate apartheid as evil and immoral.“<sup>45</sup>

Zentral hierbei war der enge Kontakt zu Funktionären des SACC, die Christian Aid immer wieder mit Informationen über die Situation in Südafrika versorgten.

<sup>41</sup> Unterlagen zur Teilnahme an der Chile-Solidaritätskampagne finden sich in: SOAS, CA3/LA/C 56.

<sup>42</sup> PDM, CA/DIR 28 (Box 8 of 15), The British Council of Churches. Christian Aid. George Gerber, Study of Human Rights in Cuba. Memorandum to the Board, 15. 2. 1978.

<sup>43</sup> So nannte beispielsweise der Jahresbericht 1979/80 explizit Südafrika als Beispiel für empörende Propagandatätigkeiten von Regierungen, die dazu gedacht seien, eigene Menschenrechtsverletzungen zu kaschieren. Zudem kritisierte Christian Aid die Reisebeschränkungen für Desmond Tutu. SOAS, CA/J/1, What a Year. Report on financial year 1st April 1979 to 31st March 1980.

<sup>44</sup> Vgl. exemplarisch: SOAS, CA/J/5, Our Lives. Stories of South African Families No. 4, Christian Aid, August 1983.

<sup>45</sup> SOAS, CA/J/1, Christian Aid. A present help in trouble. Report on the financial year 1st April 1983 – 31st March 1984.

Besonders im Fokus stand in diesen Korrespondenzen die Inhaftierung von Pfarrern und hochrangigen Mitgliedern der Kirchenführung. Ein Beispiel dafür ist der Brief einer SACC-Vertreterin von 1985 über die Folgen des Ausnahmezustandes. Sie berichtete über willkürliche Verhaftungen, Folter und die omnipräsente Aura der Gewalt, die die Soldaten in den Townships verbreite. Zudem schilderte sie die Lage von inhaftierten Priestern, die auf ihre Prozesse warteten. Ihre Ausführungen gipfelten in der Feststellung, „[W]e are living in times of an unacclaimed civil war.“

„I am sharing the aforementioned out of a feeling of helplessness in the situation in this country. [...] [M]ore leaders are imprisoned, detained, Prayer meetings banned, more brutality by the police and army. Meaningless visits are made by government officials to homeland leaders, more oral attacks on people like Bishop Tutu, Beyers Naudé, Allan Boesak (climaxed by his detention!).“<sup>46</sup>

Gleichzeitig verstärkte dies die Empathie mit den südafrikanischen Glaubensbrüdern. In den Jahren 1984 und 1985 entwickelte sich eine umfangreiche Korrespondenz zwischen Christian Aid und südafrikanischen Kirchenvertretern, in der sich beide Seiten ihrer Solidarität und Verbundenheit versicherten. So schrieb der Direktor von Christian Aid an den Generalsekretär des SACC Desmond Tutu, dass ihm die britischen Kirchen beistünden.<sup>47</sup> Es blieb jedoch nicht bei bloßen Lippenbekenntnissen. Die christliche Kirche intensivierte ihre Spendentätigkeit und übersandte mehr Geld denn je.<sup>48</sup> Das ging sogar so weit, dass Christian Aid neue Mitarbeiter rekrutieren musste, um den Mehraufwand durch die Südafrika-Solidarität zu bewältigen.<sup>49</sup>

Der weitreichendste Schritt jedoch war eine Anzeigenkampagne, die die Organisation in mehreren großen Tageszeitungen schaltete. Darin rief sie zum Boykott südafrikanischer Produkte auf. Zudem forderte die NGO von den Lesern, sich bei ihren Unterhaus-Abgeordneten für Sanktionen gegen das Apartheid-Regime stark zu machen. Unter dem Titel „If Our Government Won't Respect the Majority, Will

<sup>46</sup> SOAS, CA4/A/23/1, Sophie Mazibuko (Co-Director, Dependents' Conference) to Christian Aid, 6. 9. 1985.

<sup>47</sup> „300 representatives of the British Churches at Christian Aid's national conference wish me to convey their heartfelt greetings. We were all deeply saddened by your absence and the reasons which made [sic!] this necessary. [...] You remained with us in spirit and the struggle of your people was echoed in our prayers. Our love was expressed [sic!] tangibly [sic!] and results will follow. Your courage and steadfastness are an example to us all of the grace of God in action. God's blessings to you, your family and all the staff of the SACC. May you abound in hope.“ SOAS, CA4/A/6/7, Telex Charles Elliot to Desmond Tutu, 6. 7. 1983.

<sup>48</sup> Im Laufe der 1980er Jahre hatte Christian Aid mehrere Zahlungen an den SACC bewilligt, etwa für Programme zur Unterstützung der Familien von Inhaftierten oder zur Betreuung der Armen in den Townships, aber auch dafür, dass der SACC seine Arbeit überhaupt auf hohem Niveau weiterführen konnte. Zwischen 1979 und 1985 hatte Christian Aid etwa 310.000 £ an den SACC überwiesen. SOAS, CA4/A/23/1, Humanitarian and Legal Aid Administered by the South African Council of Churches, September 1985. Im Jahr 1986 hatte ein Emergency Appeal der NGO nochmals etwa 467.000 £ für Südafrika eingebracht. Darüber hinaus hatte Christian Aid einen EEG-Grant für den SACC eingeworben, der nochmals 600.000 £ umfasste. PDM, CA/DIR/28 (Box 12 of 15), Jenny Borden, South Africa, September 1986.

<sup>49</sup> PDM, CA/DIR/28 (Box 12 of 15), Jenny Borden, South Africa, September 1986.

You?“<sup>50</sup> wies Christian Aid zunächst darauf hin, dass im Apartheid-Staat Tausende Opfer von willkürlicher Inhaftierung, Folter und Mord würden, während der Ausnahmezustand weiter anhalte. Angesichts dessen sei die überwiegende Mehrheit der schwarzen Südafrikaner für Sanktionen gegen das eigene Land. „The South African Council of Churches – Christian Aid’s main partner in South Africa – representing many million Christians, has called for targeted economic sanctions before it is too late, and has singled out Britain as major investor in South Africa.“

Wenige Tage, nachdem die Anzeige erschienen war, lud die Charity Commission die Führung von Christian Aid vor. Die Behörde beschuldigte Christian Aid, geltendes Recht zu verletzen, da sie öffentlich Maßnahmen gegen Südafrika gefordert habe. „I am writing to you about the advertisement [...] urging the public to take action against South Africa and to approach Members of Parliament. The Commissioners are not a little surprised that the trustees should have acted in a fashion so clearly in breach of the guidelines on political activity laid down by the courts.“<sup>51</sup>

Die NGO argumentierte dagegen, dass es ihr keineswegs darum gehe, Maßnahmen gegen Südafrika zu ergreifen, sondern sich für das Land stark zu machen.<sup>52</sup> Das mag auf den ersten Blick nach dem verzweiferten Versuch aussehen, einer Anklage zu entgehen. Tatsächlich brachte es jedoch das gewandelte Verständnis der Christian Aid-Mitarbeiter von humanitärem Handeln auf den Punkt. Aus Empathie und Solidarität mit den Unterdrückten in Südafrika forderten sie politisches Handeln, das ihrer Meinung nach elementar war, um den Menschen in Südafrika zu helfen.

Die Anzeigenkampagne war somit ein Höhepunkt eines bereits mehr als ein Jahrzehnt andauernden Aushandlungsprozesses. Bemerkenswert war, dass es im Fall der Südafrika-Solidarität zwar Kritik aus der Charity Commission gab, jedoch nicht wie zuvor intern oder aus der Öffentlichkeit. Einer der Gründe dafür war sicherlich die breite gesellschaftliche Koalition, die sich in der Anti-Apartheid-Bewegung versammelt hatte. Insbesondere kirchliche Gruppen waren hier aktiv, sodass das Engagement von Christian Aid wohl nicht als außergewöhnlich wahrgenommen wurde.<sup>53</sup> Zudem waren im Fall der Unterstützung für den SACC die Rollen der „Guten“ und der „Bösen“ vergleichsweise einfach kommunizierbar. Schließlich handelte es sich beim South African Council of Churches nicht um

<sup>50</sup> Im Folgenden: If Our Government Won’t Respect the Majority, Will You?, Advertisement by Christian Aid, in: The Guardian, 28. 11. 1985.

<sup>51</sup> PDM, CA/DIR/28 (Box 12 of 15), S. Smith (Charity Commission) to Michael Taylor, 29. 11. 1985.

<sup>52</sup> PDM, CA/DIR/28 (Box 12 of 15), Draft Reply to the Charity Commission by Christian Aid, December 1985.

<sup>53</sup> Auch wenn der BCC sich lange Zeit nicht zu einem eindeutigen Engagement in der Bewegung durchringen konnte, hatte er die Apartheid immer wieder verurteilt. Zudem hatten einige der Mitgliedskirchen, etwa die Methodisten, und einige der Missionary Societies auf verschiedene Weise die Bewegung unterstützt. Roger Fieldhouse, *Anti-Apartheid. A History of the Movement in Britain*, London 2005, S. 356–362.

eine gewalttätige Befreiungsbewegung, sondern um friedlich protestierende Kirchenvertreter, die gewaltsamen Repressionen ausgesetzt waren. Christian Aid forderte somit zwar zum Protest gegen die südafrikanische Regierung auf, beteiligte sich jedoch nicht an Aufrufen, gewaltsam gegen jene vorzugehen oder etwa den African National Congress (ANC) mit Waffen zu versorgen.

Gleichwohl verabschiedete sich Christian Aid hierbei nahezu vollständig vom Ideal politischer Neutralität. Die Solidaritätskampagne für den SACC bedeutete damit einen radikalen Einschnitt im bisherigen Erwartungsmanagement von Christian Aid. Die Organisation hatte ansonsten stets versucht, beide Positionen zu befriedigen. Nun hatten sich jene durchgesetzt, die ein deutliches politisches Engagement von der NGO forderten. Dass die Äußerung von Enttäuschung darüber weitgehend ausblieb, deutet darauf hin, dass in diesem Fall die meisten geschlossen hinter der nun eindeutigen Ausrichtung standen.

## Fazit

Zeitgleich zur Südafrika-Kampagne diskutierte Christian Aid intern, ob es an der Zeit sei, das Gebot politischer Neutralität generell aufzugeben und auch in anderen Fällen eindeutig Stellung zu beziehen. So schlug Direktor Michael Taylor „[a] tougher approach to education of promoting the will and the understanding necessary for solidarity with the poor“<sup>54</sup> vor. Diese Linie setzte sich in der Folge durch und die Organisation kommunizierte ihr politisches Engagement fortan als integralen Teil ihrer humanitären Arbeit. Dies legt den Schluss nahe, dass sich in einem Aushandlungsprozess, der über eine Dekade andauerte, die internen wie externen Erwartungen an das humanitäre Handeln der christlichen NGO fundamental veränderten. Die Südafrika-Solidarität fungierte als Testfall, bei dem diese kompromisslose Haltung zum ersten Mal erprobt wurde.

Dadurch, dass Christian Aid in den 1970er Jahren damit begann, Armut und Hunger nicht mehr als endogene Faktoren der Entwicklungsländer zu begreifen, sondern auf Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse zurückführte, veränderte sich die Art, wie die NGO Empathie herstellte. Im Kampf zwischen Unterdrückern und Unterdrückten forderte sie Mitgefühl für letztere und entwickelte Ablehnung gegenüber ersteren. Dadurch weckte sie Erwartungen an ihre eigene Handlungsweise, die eine deutlichere politische Stellungnahme forderten. Damit kollidierten jedoch ältere Vorstellungen, die von humanitären Akteuren politische Neutralität erwarteten. In jahrelangen Konflikten und Aushandlungen verschoben sich dabei nach und nach die Grenzen dessen, was als humanitär gelten konnte. Der gute Samariter, um dieses Bild noch ein letztes Mal zu bemühen, bekam nach Ansicht der Aktivisten einen schnelleren Esel, intervenierte vor Ort und durfte sich bei seinen guten Taten zunehmend politisch äußern.

<sup>54</sup> PDM, CA/DIR/29 (Box 12 of 15), Michael Taylor, Christian Aid Policy – An Agenda, May 1986.



Seit Ende der 1960er Jahre hatten sich in den Erwartungen an das Handeln der NGO zwei diametral entgegengesetzte Pole gebildet, zwischen denen die Führung mehr als zehn Jahre zu vermitteln versuchte. Im Zuge der Solidaritätskampagne für den SACC hatte Christian Aid sich erstmals konsequent für einen der beiden Pole entschieden. Obwohl dies gewisse Kritik von Seiten der Charity Commission nach sich zog, regte sich intern und in der Öffentlichkeit wenig Gegenwind. Dies unterstreicht, dass sich in der Anhängerschaft der NGO die Erwartungshaltung nach und nach zugunsten einer eindeutigeren politischen Positionierung verschoben hat.

Auch gesamtgesellschaftlich trat in den folgenden Jahren und Jahrzehnten dieses gewandelte Verständnis von Humanitarismus zutage. Das vielleicht deutlichste Indiz dafür ist, dass die Novelle des Charities Act von 2006 eine weitaus großzügigere Definition von Wohltätigkeit zugrunde legte, die Organisationen wesentlich mehr Spielraum im politischen Bereich gewährt.<sup>55</sup>

<sup>55</sup> Hilton u. a., *Historical Guide*, S. 3. So fasst das Gesetz nun beispielsweise ausdrücklich „the advancement of human rights“ als wohltätiges Handeln auf. Zuvor hatte es zahlreiche Auseinandersetzungen zwischen der Charity Commission und NGOs über die Kritik an Menschenrechtsverletzungen gegeben. <http://www.legislation.gov.uk/ukpga/2011/25/section/3> (14. 3. 2017).

